

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuß**

47. Sitzung

am Donnerstag, dem 11. März 1999, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Peter Zahn (SPD)

in Vertretung von Abg. Fleskes

Jost de Jager (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

in Vertretung von Abg. Vorreiter

Caroline Schwarz (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
1. <b>Besuch einer Ausschußdelegation in der französischen Partnerregion Pays de la Loire zum Thema „Intensivierung des Austausches von Auszubildenden und Schülern“</b>	5
2. <b>Besuch des Ökologie-Zentrums der CAU</b>	6
Umdruck 14/3108	
3. <b>Filmförderung</b>	7
(vgl. 46. Sitzung)	
4. <b>Altersteilzeit für Lehrkräfte</b>	8
5. <b>Fort- und Weiterbildungsmittel des IPTS-Landesseminars für Sonderpädagogik</b>	9
Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten de Jager und Vorreiter Drucksache 14/2002	
hierzu: Umdruck 14/3118	

6. **Bericht zu Situation und Perspektive der Toxikologie in Schleswig-Holstein** 10
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/1959
- (überwiesen am 26. Februar 1999 zur abschließenden Beratung)
7. **Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG** 11  
**hier: Anmeldung zum 29. Rahmenplan für den Hochschulbau (2000 -2003)**
- Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/1968
- (überwiesen am 26. Februar 1999 an den **Bildungsausschuß** und den Finanzausschuß zur abschließenden Beratung)
8. **Sachstandsbericht über den Verhandlungsstand zwischen Land und Hochschulen im Zuge der großen Hochschulgesetznovelle (Abschluß von Zielvereinbarungen)** 12
9. **Verschiedenes** 13

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Besuch einer Ausschußdelegation in der französischen Partnerregion Pays de la Loire zum Thema „Intensivierung des Austausches von Auszubildenden und Schülern“**

Der Ausschuß kommt überein, der von der französischen Delegation aus der Partnerregion Pays de la Loire am 3. März 1999 ausgesprochenen Einladung zu einem Gegenbesuch in Frankreich in der neuen Wahlperiode, im Jahre 2000, Folge zu leisten. Dabei geht es im wesentlichen um ein Projekt zur Förderung des Austausches von Auszubildenden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Besuch des Ökologie-Zentrums der CAU**

Umdruck 14/3108

Die Ausschußmitglieder wollen sich mit dem Umweltausschuß verständigen und bis zur nächsten Sitzung, am 22. April 1999, einen konkreten Verfahrensvorschlag unterbreiten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Filmförderung**

(vgl. 46. Sitzung)

Die Fraktionen sollen bis zur nächsten Sitzung die Teilnehmer für ein Gespräch mit dem Ausschuß über die kulturelle Förderung und insbesondere die Neufassung von § 73 des Landesrundfunkgesetzes benennen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Altersteilzeit für Lehrkräfte**

St Dr. Stegner weist darauf hin, daß Altersteilzeitregelungen für Lehrkräfte außerordentlich kostspielig und langfristig keineswegs kostenneutral umzusetzen seien, und erinnert in diesem Zusammenhang erneut daran, daß in Schleswig-Holstein jede freiwerdende Lehrerstelle wiederbesetzt werde. Wenngleich es aus fachlicher Sicht keinen Grund gebe, Lehrkräfte von der Altersteilzeit auszunehmen, werde eine Lösung aus finanzpolitischer Sicht nur äußerst schwer zu realisieren sein, zumal die Größenordnung derjenigen Lehrkräfte, die Altersteilzeitregelungen in Anspruch nähmen, kaum zu prognostizieren sei. Auch in allen anderen Bundesländern gebe es bisher keine Altersteilzeitregelungen für Lehrkräfte.

Abg. Röper plädiert dafür, den Bedarf für Altersteilzeit auf der Grundlage einer Befragung der Lehrerkollegien zu ermitteln, und macht auf den Zusammenhang von Altersteilzeit und Frühpensionierung aufmerksam.

Abg. Dr. Klug möchte von der Landesregierung wissen, ob und inwieweit Lehrkräfte in die bevorstehenden Altersteilzeitregelungen für Landesbeamte einbezogen würden und welche finanziellen Auswirkungen mit dem bayrischen Gesetzentwurf verbunden seien, der ab 1. Juli 1999 Lehrkräften ab dem 60. Lebensjahr und ab 1. Juli 2003 Lehrkräften ab dem 55. Lebensjahr Altersteilzeit ermögliche. Im übrigen ist auch er der Auffassung, die Regierung sollte die Nachfrage und damit die Kosten aufgrund einer Lehrerbefragung abschätzen, um gegenüber den Lehrkräften wenigstens ein Zeichen des Willens und Bemühens seitens des Kultusministeriums zu setzen.

St Dr. Stegner bekräftigt die Absicht, für Altersteilzeit für Lehrkräfte „wenigstens ein Fenster offenzuhalten“. Von einer Fragebogenaktion habe man aus psychologischen Gründen bewußt abgesehen.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Fort- und Weiterbildungsmittel des IPTS-Landesseminars für Sonderpädagogik**

Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten de Jager und Vorreiter  
Drucksache 14/2002

hierzu: Umdruck 14/3118

Fragen von Abg. de Jager beantwortet St Dr. Stegner dahin, durch Erlaß vom 17. Dezember 1998 sei dem IPTS mitgeteilt worden, daß die Haushaltsansätze des IPTS zur Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe in Einzelplan 07 nicht herangezogen würden. Für das Haushaltsjahr 1999 stünden dem IPTS voraussichtlich 500.000 DM mehr zur Verfügung als ursprünglich geplant; davon entfielen 70.000 DM auf das IPTS 22. Mit Rücksicht auf die noch ausstehende Beantwortung einer Kleinen Anfrage von Abg. Dr. Klug zur Entwicklung der Fort- und Weiterbildungsmittel des IPTS läßt er sich auf weitere Fragen seitens der CDU nicht näher ein. - Der Ausschuß beschließt, das Thema in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Röper möchte wissen, wie sich die Teilnehmerzahlen in den verschiedenen Fortbildungsbereichen entwickelt haben (differenziert nach Angeboten in überwiegend dienstlichem Interesse beziehungsweise nicht überwiegend dienstlichem Interesse) und ob bei der Fahrkostenerstattung eine Anhebung der Kilometerpauschale beabsichtigt sei.

Abg. de Jager stellt fest, daß dem IPTS gegenüber dem Haushaltsansatz keine zusätzlichen Gelder zur Verfügung stünden, und thematisiert die Zweckbindung der Fortbildungsmittel.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Bericht zu Situation und Perspektive der Toxikologie in Schleswig-Holstein**

Mitglieder aller Fraktionen wenden sich dagegen, daß im neuen Institut für Experimentelle Klinische Pharmakologie und Toxikologie der MUL in Lübeck der Bereich Toxikologie zugunsten der Pharmakologie beschnitten werde, setzen sich dafür ein, die Lehr- und Forschungsangebote im Fach Toxikologie in Lübeck im bisherigen Umfang de facto aufrechtzuerhalten, und bitten um genaue Zahlen zum Vergleich des Studienangebots vor und nach der Zusammenlegung der beiden Institute in Lübeck.

Abg. Schwarz kündigt an, sie werde ihre Fragen dem Ministerium direkt zur schriftlichen Beantwortung zuleiten (Planstellen, Umfang der Lehrangebote und Doktorarbeiten).

Abg. Weber begrüßt sowohl die Verankerung der Umwelttoxikologie in Kiel als auch die Zusammenlegung der Institute für Pharmakologie und Toxikologie an der MUL. Es müsse allerdings verbindlich geregelt sein, daß auch an dem neuen Institut für Pharmakologie und Toxikologie ein fester Bestandteil der Lehre im Fach Toxikologie angeboten werde.

Auch Abg. Fröhlich unterstreicht die Bedeutung und das Angebot der Toxikologie an zwei Universitätsstandorten sowie die Notwendigkeit, im Bereich Toxikologie die Zusammenarbeit mit außeruniversitären Einrichtungen sowie die norddeutsche Zusammenarbeit zu intensivieren.

Abg. Dr. Klug bittet das Ministerium, Informationen nachzugehen, daß an der MUL der Bereich Toxikologie mittelfristig abgeschafft werden solle.

St Dr.Stegner weist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von Zielvereinbarungen mit den Hochschulen hin.

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a GG  
hier: Anmeldung zum 29. Rahmenplan für den Hochschulbau  
(2000 - 2003)**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 14/1959

(überwiesen am 26. Februar 1999 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. de Jager zum Sanierungsbedarf von Hochschulgebäuden verweist St Dr. Stegner auf die bevorstehende Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Hochschulen.

Abg. Dr. Klug bittet das Ministerium, die statistische Vorlage Umdruck 14/2324, Realisierung einzelner Hochschulbauvorhaben, infolge der Aufstockung der Bundesmittel für den Hochschulbau zu aktualisieren.

Der Ausschuß nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Sachstandsbericht über den Verhandlungsstand zwischen Land und  
Hochschulen im Zuge der großen Hochschulgesetznovelle**

Auf eine Frage von Abg. de Jager erwidert St Dr. Stegner, für die durch die anstehende Novellierung des Hochschulgesetzes eingeführten Globalhaushalte der Hochschulen brauche man Zielvereinbarungen, über deren Parameter man mit den Hochschulen seit Februar verhandele (zum Beispiel fachliche Ausrichtung, Schwerpunktbildung, Frauenförderung).

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Vorsitzende weist auf die Diskussionsveranstaltung des Landtages „**Jugendliche** gestalten und erleben **Europa** - Erfahrungsberichte“ am 28. April 1999 hin, Umdruck 14/3081.
- b) Der Ausschuß beschließt, in seiner nächsten Sitzung über das Berufungsverfahren für eine C 3-Professur am **Institut für Zeit- und Regionalgeschichte** in nichtöffentlicher Sitzung weiterzuberaten.
- c) Auf eine Frage von Abg. Röper teilt St Dr. Stegner mit, der Einsatz von **Schulassistenten** werde zum 1. August 1999 an der IGS Thesdorf sowie den Beruflichen Schulen in Meldorf und Heide für drei Jahre erprobt; die entsprechenden Stellen würden im März ausgeschrieben. Nach einem Jahr könnten sich weitere Schulträger um den Einsatz von Schulassistenten bewerben.

Abg. Röper hält die Beantwortung ihrer Kleinen Anfrage für unbefriedigend, mahnt ein klares Konzept für den Einsatz von Schulassistenten an und fragt insbesondere nach der Weisungsbefugnis und der Eingruppierung von eingesetzten Schulassistenten sowie den Kosten des Modellversuchs.

- d) Eine Frage von Abg. Schwarz beantwortet St Dr. Stegner dahin, die Zukunft des **Brahms-Instituts** in Lübeck werde gesichert werden. Mitte April werde er Gespräche in Lübeck führen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 15:50 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer